Einführungsgesetz zum Geldspielgesetz

Ergebnis erste Lesung Kantonsrat vom 26. Juni 2020	Änderungsanträge Redaktionskommission vom 18. August 2020
	<p>Einführungsgesetz zum Geldspielgesetz</p>
	<p><i>Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,</i></p> <p>gestützt auf Artikel 28, Artikel 41 Absatz 1, Artikel 122, Artikel 125 bis 129 und Artikel 144 des Bundesgesetzes über Geldspiele vom 29. September 2017 (Geldspielgesetz, BGS)¹⁾,</p> <p><i>beschliesst:</i></p>
	<p>I.</p>
<p>Art. 2 Verwendung des Reingewinns</p> <p>¹ Der Kanton führt einen Swisslos-Fonds, der durch die dem Kanton abgelieferten Reingewinne der Swisslos Interkantonale Landeslotterie (Swisslos) und deren Zinsen gespeisen wird.</p> <p>² Die Fondsmittel werden für gemeinnützige Zwecke, insbesondere für Projekte in folgenden Bereichen eingesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Kultur und Denkmalpflege; b. Sport; c. Umwelt und Entwicklungshilfe; d. Bildung und Forschung; e. Soziales und Gesundheit. <p>³ Für Präventionsmassnahmen zur Suchtbekämpfung werden die dafür von Swisslos überwiesenen Beiträge und für die Deckung des Verwaltungsaufwand zwei Prozent des Reingewinns eingesetzt.</p>	<p>³ Für Präventionsmassnahmen zur Suchtbekämpfung werden die dafür von Swisslos überwiesenen Beiträge und für die Deckung des Verwaltungsaufwand<u>Verwaltungsaufwands</u> zwei Prozent des Reingewinns eingesetzt.</p>

¹⁾ SR 935.51

Ergebnis erste Lesung Kantonsrat vom 26. Juni 2020	Änderungsanträge Redaktionskommission vom 18. August 2020
<p>Art. 5 Zuständigkeit</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt jährlich den Anteil des Reingewinns für die einzelnen Förderungsbereiche fest und entscheidet über die Verteilung der verfügbaren Fondsmittel an die für die Förderungsbereiche verantwortlichen Behörden und Amtsstellen.</p> <p>² Das Volkswirtschaftsdepartement</p> <p>a. budgetiert zusammen mit den involvierten Departementen die entsprechende Swisslos-Kostenstelle;</p> <p>b. koordiniert die Zuteilung der Finanzgesuche an die Verantwortlichen der Förderbereiche gemäss Art. 2 Abs. 2 dieses Gesetzes;</p> <p>c. sorgt zusammen mit den involvierten Departementen für eine mittel- und langfristige Planung der notwendigen grösseren Swisslos-Beiträge an entsprechende Projekte.</p> <p>³ Das Finanzdepartement verwaltet den Swisslos-Fonds. Dazu gehören insbesondere:</p> <p>a. Auszahlung der zugesicherten Beiträge;</p> <p>b. Festlegung der Verzinsung der Fondsmittel;</p> <p>c. auf Antrag der zuständigen Amtsstelle das Inkasso der Rückforderungen;</p> <p>d. zusammen mit den zuständigen Amtsstellen die Erstellung des Rechenschaftsberichts.</p> <p>⁴ Im Rahmen der ihnen zugewiesenen Fondsmittel entscheiden die jeweils zuständigen Behörden und Amtsstellen über die Beiträge aus dem Swisslos-Fonds und üben die Aufsicht aus.</p>	<p>² Das Volkswirtschaftsdepartement:</p>
<p>Art. 6 Verfahren</p> <p>¹ Beiträge werden nur auf begründetes Gesuch hin ausgerichtet. Für wiederkehrende Anlässe ist jeweils ein neues Gesuch einzureichen. Der Regierungsrat regelt das Nähere zum Verfahren in Ausführungsbestimmungen.</p>	

Ergebnis erste Lesung Kantonsrat vom 26. Juni 2020	Änderungsanträge Redaktionskommission vom 18. August 2020
<p>² Wer bei einem Gesuchsteller oder einer Gesuchstellerin bzw. bei einem Veranstalter oder einer Veranstalterin eine Funktion innehat, wer persönlich und direkt vom Beitrag profitiert oder sonst wie befangen erscheint, hat bei der Beurteilung des Beitragsgesuchs in den Ausstand zu treten.</p> <p>³ Zugesicherte Beiträge verfallen nach zwei Jahren, falls sie innert dieser Frist nicht eingefordert werden oder das Projekt innert dieser Frist nicht verwirklicht oder gestartet und planmässig fortgesetzt wird. Zugesicherte Beiträge verfallen ebenso, wenn die schriftlich verfügten Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten werden.</p> <p>⁴ Die Beitragsempfängerinnen und -empfänger erstatten auf Verlangen zuhanden der Bewilligungsinstanz Rechenschaft über die Verwendung der zugesprochenen Fondsmittel.</p> <p>⁵ Werden Beiträge zu Unrecht beansprucht oder werden unterstützte Projekte zweckentfremdet oder zerstört, können Beitragsleistungen verweigert, gekürzt oder zurückverlangt werden.</p>	<p>³ Zugesicherte Beiträge verfallen nach zwei Jahren, falls sie innert dieser Frist nicht eingefordert werden oder das Projekt innert dieser Frist nicht verwirklicht oder gestartet und planmässig fortgesetzt wird. Zugesicherte Beiträge verfallen ebenso, wenn die schriftlich verfügten Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten werden.</p>
<p>Art. 9 Kleinlotterien an Unterhaltungsanlässen</p> <p>¹ Kleinlotterien an Unterhaltungsanlässen ab einer Summe aller Einsätze von Fr. 10 000.– sind bewilligungspflichtig.</p> <p>² Der Regierungsrat legt die maximale Höhe der einzelnen Einsätze sowie die minimalen Gewinnchancen für sämtliche Kleinlotterien an Unterhaltungsanlässen fest und regelt das Bewilligungsverfahren in Ausführungsbestimmungen.</p> <p>³ Die Durchführung von Kleinlotterien an Unterhaltungsanlässen ist nur Vereinen mit Sitz im Kanton Obwalden gestattet. Art. 33 BGS gilt sinngemäss. Pro Kalenderjahr darf der gleiche Veranstalter nur eine Kleinlotterie durchführen.</p> <p>⁵ Zuständig für die Erteilung der Bewilligung ist die Einwohnergemeinde, in welcher der Anlass stattfindet. Für die Bewilligung und die Aufsicht kann eine kostendeckende Gebühr bis Fr. 500.– verlangt werden.</p> <p>⁷ Gegen Veranstalterinnen oder Veranstalter, welche die Vorschriften bezüglich Kleinlotterien an einem Unterhaltungsanlass nicht einhalten, unwahre Angaben machen oder einverlangte Unterlagen nicht vorweisen, kann von der Bewilligungsbehörde eine Sperre von bis zu fünf Jahren verfügt werden.</p>	<p>⁴ Zuständig für die Erteilung der Bewilligung ist die Einwohnergemeinde, in welcher der Anlass stattfindet. Für die Bewilligung und die Aufsicht kann eine kostendeckende Gebühr bis Fr. 500.– verlangt werden.</p> <p>⁵ Gegen Veranstalterinnen oder Veranstalter, welche die Vorschriften bezüglich Kleinlotterien an einem Unterhaltungsanlass nicht einhalten, unwahre Angaben machen oder einverlangte Unterlagen nicht vorweisen, kann von der Bewilligungsbehörde eine Sperre von bis zu fünf Jahren verfügt werden.</p>
	<p>II.</p>

Ergebnis erste Lesung Kantonsrat vom 26. Juni 2020	Änderungsanträge Redaktionskommission vom 18. August 2020
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	III.
	1. Der Erlass GDB 975.11 (Verordnung zum Markt- und Reisengewerbege- setz vom 28. Januar 2005) wird aufgehoben.
	2. Der Erlass GDB 975.31 (Verordnung über Lotterien, gewerbsmässige Wet- ten und Spiele vom 21. April 1977) wird aufgehoben.
	IV.
	Der Regierungsrat bestimmt, wann dieses Gesetz in Kraft tritt. Es untersteht dem fakultativen Referendum.
	Sarnen, ... Im Namen des Kantonsrats Der Ratspräsident: Der Ratssekretär: